

Jahresabschluss 2013 der Entsorgungsbetriebe Lübeck

- | Bilanz
- | Gewinn- und Verlustrechnung
- | Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bilanz

A K T I V A	31.12.2013	Vorjahr	P A S S I V A	31.12.2013	Vorjahr
	EUR	EUR		EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			A. EIGENKAPITAL		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	569.615,53	749.185,23	I. Stammkapital	5.112.918,21	5.112.918,21
II. Sachanlagen 1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten 2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten 3. Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu der Nummer 1 oder 2 gehören 4. Abfall-/Abwasserbehandlungs-/ -beseitigungsanlagen 5. Abwassersammlungs-/ -transport-/ -lagerungsanlagen 6. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu der Nummer 4 oder 5 gehören 7. Betriebs- und Geschäftsausstattung 8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	61.749.768,21 355.140,50 1.859.658,34 62.354.571,99 283.146.303,39 493.024,63 9.478.903,70 31.590.939,77 451.028.310,53	53.266.957,73 358.873,50 3.659.002,65 67.181.474,00 279.766.627,70 535.634,63 8.760.654,14 21.855.165,40 435.384.389,75	II. Rücklagen 1. Allgemeine Rücklage 2. Rücklage aus kalkulatorischen Einnahmen 3. Rücklage aus öffentlichen Zuschüssen	2.547.884,60 59.447.016,93 56.547.236,31 118.542.137,84	2.547.884,60 59.447.016,93 54.547.236,31 116.542.137,84
III. Finanzanlagen 1. Anteile an verbundenen Unternehmen 2. Beteiligungen 3. Genossenschaftsanteile	201.500,00 5.050,00 250,00 206.800,00	201.500,00 5.050,00 250,00 206.800,00	III. Verlustvortrag Verlust/Gewinn des Vorjahres Verwendung für die Einstellung in die Rücklage aus kalkulatorischen Einnahmen Jahresgewinn/ Jahresverlust	-2.207.545,84 0,00 5.281.169,59 3.073.623,75	7.080.786,89 7.080.786,89 -2.207.545,84 -2.207.545,84
	451.804.726,06	436.340.374,98	B. EMPFANGENE ERTRAGSZUSCHÜSSE	80.574.012,62	76.175.647,12
B. UMLAUVERMÖGEN			C. SONDERPOSTEN FÜR ZUSCHÜSSE ZUM ANLAGEVERMÖGEN	2.474.689,11	1.547.043,05
I. Vorräte Roh-, Hilfs- und Beriebsstoffe	1.008.639,71	982.473,42	D. RÜCKSTELLUNGEN 1. Rückstellungen für Gebührenaussgleich 2. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen 3. Sonstige Rückstellungen	5.325.203,00 3.388.773,80 45.623.394,52 54.337.371,32	6.312.658,00 2.964.115,60 51.426.548,86 60.703.322,46
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen 3. Forderungen an die Hansestadt Lübeck 4. Sonstige Vermögensgegenstände	10.380.988,56 37.961,30 12.038.613,65 96.028,97 22.553.592,48	8.162.842,14 31.043,04 8.528.455,02 17.374,47 16.739.714,67	E. VERBINDLICHKEITEN 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen 4. Verbindlichkeiten gegenüber der Hansestadt Lübeck 5. Sonstige Verbindlichkeiten	207.050.167,28 4.149.342,85 49.558,39 2.843.326,13 118.386,94	193.203.664,71 3.575.137,94 0,00 3.411.366,95 156.986,18
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.879.478,20	4.101.675,69		214.210.781,59	200.347.155,78
	26.441.710,39	21.823.863,78			
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	79.097,99	56.439,86			
	478.325.534,44	458.220.678,62		478.325.534,44	458.220.678,62

Entsorgungsbetriebe Lübeck, Lübeck

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		80.206.243,75	79.386.885,19
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		525.261,55	517.391,46
3. Sonstige betriebliche Erträge		8.699.874,55	5.009.323,75
		89.431.379,85	84.913.600,40
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	9.753.953,36		9.450.908,68
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	8.654.628,00		9.396.506,68
		18.408.581,36	18.847.415,36
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	21.122.888,99		20.304.244,74
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.605.227,85		6.137.750,00
- davon für Altersversorgung und Unterstützung EUR 357.776,84 (Vorjahr TEUR 296)		27.728.116,84	26.441.994,74
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		17.767.681,92	17.062.959,48
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		11.746.921,78	16.277.206,24
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		88.991,82	75.738,80
- davon an verbundenen Unternehmen EUR 61.305,34 (Vorjahr TEUR 0)			
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		8.445.346,03	8.419.616,63
- davon an verbundenen Unternehmen EUR 0,00 (Vorjahr TEUR 37)			
- davon aus der Aufzinsung EUR 266.120,00 (Vorjahr TEUR 297)			
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		5.423.723,74	-2.059.853,25
11. Außerordentliche Aufwendungen		48.880,20	48.880,20
12. Sonstige Steuern		93.673,95	98.812,39
13. Jahresgewinn/Jahresverlust		5.281.169,59	-2.207.545,84

Nachrichtlich: Behandlung des Jahresgewinns:

zur Tilgung des Verlustvortrages: EUR 2.207.545,84

zur Einstellung in die Rücklagen: EUR 3.073.623,75

Anhang der Entsorgungsbetriebe Lübeck, Lübeck, für das Geschäftsjahr 2013

A. Allgemeine Angaben

Bei den Entsorgungsbetrieben Lübeck (EBL) handelt es sich um eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung i. S. d. § 101 Abs. 4 GO.

Der Jahresabschluss wurde daher unter Beachtung der Ansatz-, Gliederungs- und Bewertungsvorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften, der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) und deren Ausführungsbestimmungen sowie der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) aufgestellt.

Vorjahresvergleich

Der Ausgleichsposten für den Verbrauch der Deponierückstellung von TEUR 879 wurde in 2013 unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Im Vorjahr erfolgte der Ausweis von TEUR 870 unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Ertragszuschüsse

Die Möglichkeit, die EBL teilweise nach den Vorschriften der EigVO zu führen, wurde dahingehend in Anspruch genommen, dass die Vorschrift zur Auflösung der empfangenen Ertragszuschüsse nicht angewendet wurde (§ 20 Abs. 3 EigVO). Nach § 20 Abs. 3 EigVO wären die empfangenen Ertragszuschüsse mit einem Zwanzigstel jährlich aufzulösen. Um ein Auseinanderfallen der Ertragslage zwischen HGB und KAG in diesem Punkt zu vermeiden, wurde insofern die ab 1. Januar 2005 nach dem KAG vorgenommene Auflösung der empfangenen Ertragszuschüsse auch in den handelsrechtlichen Jahresabschluss übernommen.

B. Rechnungslegungsgrundsätze

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die **entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige kumulierte Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer vorgenommen.

Das **Sachanlagevermögen** ist mit den aktivierungspflichtigen Anschaffungs-/Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten der Deponie wurden anhand der Verfüllung abgeschrieben.

Seit dem 1. Januar 2008 werden abnutzbare bewegliche geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten über EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 gemäß § 6 Abs. 2 a EStG in einen Sammelposten eingestellt und linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Gegenständen des **Anlagevermögens** unter dem Wert liegt, der ihnen am Bilanzstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen. Stellt sich in einem späteren Geschäftsjahr heraus, dass die Gründe hierfür nicht mehr bestehen, so wird der Betrag dieser Abschreibungen im Umfang der Werterhöhung unter Berücksichtigung der Abschreibungen, die inzwischen vorzunehmen gewesen wären, zugeschrieben.

Die Bewertung der **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** erfolgt zu Anschaffungskosten einschließlich Anschaffungsnebenkosten oder niedrigeren Zeitwerten, wobei für Lager- und Verwertungsrisiken Abschläge in angemessenem Umfang vorgenommen wurden.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zu Nennwerten angesetzt. Alle erkennbaren Einzelrisiken werden bei der Bewertung berücksichtigt. Für das allgemeine Kreditrisiko ist eine Pauschalwertberichtigung für Forderungen aus dem Liefer- und Leistungsverkehr mit 1,5 % gebildet.

Langfristige Forderungen werden abgezinst.

Die **empfangenen Ertragszuschüsse** werden gemäß eines Beschlusses der Bürgerschaft aufgelöst (rd. EUR 1,6 Mio.). Hierzu verweisen wir ergänzend auf die Ausführungen unter A. Allgemeine Angaben in diesem Anhang.

Die **Rückstellung für Gebührenaussgleich** beinhalten die Kostenüberdeckungen gemäß KAG der Vergangenheit. Basis der Bildung bzw. des Verbrauchs der Rückstellung für Gebührenaussgleich sind die jeweiligen KAG-Nachkalkulationen zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung. Anpassungen in den KAG-Nachkalkulationen und damit der Rückstellungshöhe können sich zukünftig noch ergeben, soweit die KAG-Nachkalkulationen zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung noch nicht endgültig sind.

Die **Pensionsverpflichtungen** werden versicherungsmathematisch unter Zugrundelegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten (Richttafel 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck) nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Bei der Festlegung des laufzeitkongruenten Rechnungszinssatzes wurde in Anwendung des Wahlrechts nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB der von der Deutschen Bundesbank ermittelte und veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz der letzten sieben Jahre verwendet, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der zum Bilanzstichtag verwendete Rechnungszinssatz beträgt 4,88 % (Vj. 5,04 %).

Zukünftig erwartete Entgelt-, Renten- und Beihilfesteigerungen werden bei der Ermittlung der Verpflichtung berücksichtigt. Dabei wird derzeit von jährlichen Anpassungen bei den Entgelten und Renten von jeweils 2,0 % sowie bei den Beihilfen von 2,5 % ausgegangen. Die Bewertung berücksichtigt keine unternehmensspezifische Fluktuationsrate.

Durch **die erstmalige Anwendung der Bestimmungen des BilMoG** (Neubewertung der Pensionsverpflichtungen) hat sich zum 1. Januar 2010 eine Unterdotierung in Höhe von EUR 733.203,00 ergeben. In Anwendung des Übergangswahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird der Unterschiedsbetrag über eine Laufzeit von 15 Jahren verteilt. Im Geschäftsjahr 2013 erfolgte entsprechend einer Zuführung in Höhe von EUR 48.880,20, die im außerordentlichen Aufwand ausgewiesen ist. Zum 31. Dezember 2013 betragen die infolge der Übergangsregelung nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsverpflichtungen EUR 537.682,20.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bewertet. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichend objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank zum Bilanzstichtag ermittelt wurde, abgezinst.

Aus der erstmaligen Anwendung der Bestimmungen des BilMoG hat sich zum 1. Januar 2010 eine Überdotierung der verfallungsabhängigen **Rückstellung für Deponienachsorge** in Höhe von EUR 12.673.033,00 ergeben. In Anwendung des Übergangswahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wird der ursprüngliche Rückstellungsbetrag beibehalten. Zum 31. Dezember 2013 beträgt der infolge der Übergangsregelung in der Bilanz ausgewiesene Betrag der Überdotierung EUR 7.676.648,59.

Die **Verbindlichkeiten** werden zum Erfüllungsbetrag bilanziert.

C. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

1. Anlagevermögen

Die gesondert dargestellte Entwicklung des Anlagevermögens ist integraler Bestandteil des Anhangs.

2. Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der HL

Von den Forderungen gegen die HL entfallen EUR 9,5 Mio. (Vj. EUR 6,1 Mio.) auf die Straßenbaulastträgerpauschalen. Die Forderungen gegen die HL enthalten Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr in Höhe von EUR 3,4 Mio. (Vj. EUR 4,2 Mio.).

Die Verbindlichkeiten gegenüber der HL enthalten Verwaltungskostenumlagen in Höhe von rd. EUR 1,6 Mio. (Vj. rd. EUR 1,9 Mio.).

3. Forderungen und Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen

Die Forderungen und Verbindlichkeiten bestehen gegen die Entsorgungszentrum Lübeck GmbH.

4. Rückstellungen

Die Gebührenausschleichsrückstellung betreffen mit EUR 3,9 Mio. den Abwasserbereich und mit EUR 1,4 Mio. den Abfallbereich.

Die Pensionsrückstellungen berücksichtigen die Anwartschaften von 29 (Vj. 29) Personen.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Deponienachsorge (rd. EUR 40,8 Mio.), Abwasserabgabe (rd. EUR 0,9 Mio.), Altersteilzeit (rd. EUR 1,8 Mio.) sowie weitere Verpflichtungen aus dem Personalbereich (EUR 1,6 Mio.).

5. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

	Restlaufzeit			
	Insgesamt Mio. EUR	davon		
		bis 1 Jahr Mio. EUR	über 1 Jahr bis 5 Jahre Mio. EUR	über 5 Jahre Mio. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vj.)	207,1 (193,2)	25,1 (21,7)	48,2 (44,3)	133,8 (127,2)
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vj.)	4,1 (3,6)	4,1 (3,6)	0,0 (0)	0,0 (0)
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vj.)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)	0,0 (0)
4. Verbindlichkeiten gegenüber der HL (Vj.)	2,8 (3,4)	2,8 (3,4)	0,0 (0)	0,0 (0)
5. Sonstige Verbindlichkeiten (Vj.)	0,1 (0,1)	0,1 (0,1)	0,0 (0)	0,0 (0)
	<u>214,1</u> (200,3)	<u>32,1</u> (28,8)	<u>48,2</u> (44,3)	<u>133,8</u> (127,2)

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Zinsabgrenzungen in Höhe von rd. EUR 0,5 Mio. (Vj. EUR 0,6 Mio.) enthalten.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

	2013		Vorjahr	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Entwässerung	43,8	54,6	44,1	55,5
Abfallwirtschaft	26,8	33,4	26,4	33,4
Straßenreinigung/Winterdienst	6,9	8,6	6,4	8,0
Übrige	2,7	3,4	2,5	3,1
	<u>80,2</u>	<u>100,0</u>	<u>79,4</u>	<u>100,0</u>

2. Sonstige Erträge und Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Erträgen werden Erträge aus der Gebührenaussgleichsrückstellung in Höhe von EUR 4,8 Mio. (Vj. EUR 0) und periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 61 ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten mit EUR 3,8 Mio. (Vj. EUR 6,3 Mio.) die Zuführung zur Rückstellung für den Gebührenaussgleich sowie periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 378.

3. Auf- und Abzinsung von Rückstellungen

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen betreffen in Höhe von EUR 266.120,00 (Vj. EUR 259.471,00) Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

4. Außerordentliche Aufwendungen

Hierin sind Aufwendungen in Höhe von EUR 48.880,20 aus BilMoG-Folgeeffekten bei den Pensionsverpflichtungen enthalten.

D. Sonstige Angaben

1. Beteiligungsverhältnisse

Dem Sondervermögen Entsorgungsbetriebe Lübeck sind zum Bilanzstichtag sämtliche Anteile an der Entsorgungszentrum Lübeck GmbH, Lübeck, wirtschaftlich zugeordnet. Gesellschaftsrechtlich wird die Beteiligung von der Hansestadt Lübeck gehalten. Das Eigenkapital des Betriebs betrug zum 31. Dezember 2013 insgesamt TEUR 948. Der Betrieb erzielte im Geschäftsjahr 2013 ein Jahresüberschuss von TEUR 165.

2. Personal

Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Direktion, Auszubildende und Zeitverträge) beträgt:

	Anzahl 2013	Anzahl 2012
Beschäftigte	530	527
Beamte	17	18
	<u>547</u>	<u>545</u>

3. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Haftungsverhältnisse bestehen nicht.

Es bestehen **sonstige finanzielle Verpflichtungen** aus Miet- und Leasingverträgen in Höhe von rd. EUR 0,1 Mio. sowie aus Sachanlageinvestitionen in Höhe von rd. EUR 9,9 Mio.

4. Honorar für Leistungen des Abschlussprüfers

Im Geschäftsjahr 2013 betrug das Honorar für Abschlussprüfungsleistungen TEUR 60, für sonstige Bestätigungsleistungen TEUR 3 sowie für Beratungsleistungen TEUR 40.

5. Organe des Betriebs

- Direktion

Herr Dr.-Ing. Jan-Dirk Verwey, Diplom-Ingenieur, Lübeck

Von der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

- stimmberechtigte Mitglieder des Werkausschusses bis 06/2013

Vorsitzender:		Hinrichs, Rüdiger
Stellvertretender Vorsitzender:		Freitag, Dirk
SPD	Abler, Henri Quirder, Harald Scheel, Barbara Wiese, Thomas Krause, Volker Stolz, Wolfgang	Dipl. Betriebswirt Eisenbahner Krankenschwester Industriekaufmann Hafenarbeiter Assessor
CDU	Hinrichs, Rüdiger Freitag, Dirk Kanuschin, Soja Büttner, Günter Petersen, Tim	Versicherungskaufmann Unternehmer Verwaltungsleiterin Diplom Ingenieur k. A.
Linke	Martens, Hans-Jürgen	Groß- und Außenhandelskaufmann
BfL	Scholz, Günter	Unternehmensberater
Bündnis 90/Die Grünen	Wosnitza, Günter Koß, Dr. Volker	Fernmeldetechniker Umwelttechniker
FDP	Blunk, Dr. Michaela	Pensionärin

Vertreter

SPD	Pluschkell, Ulrich Rewohl, Dirk Kreft, Enrico Lange, Klaus Vogten, Matthias Burmester, Gerhard	Bahnbeamter Dipl. Sozialpädagoge Angestellter k. A. Vertriebsleiter Immobilien Beamter i. R.
CDU	Lötsch, Christopher Sawalich, Manfred Öhlckers, Jens Runge, Peter Bohlmann, Hubertus Wind-Olßen, Ursula	Architekt Beamter i. R. Kaufmann k. A. k. A. k. A.
Linke	Malbranc, Klaus-Jürgen Reiß, Oliver	k. A. Müllwerker
BfL	Wegner, Olaf Ulrich, Lars	Rechtsanwalt Diplom Volkswirt
Bündnis 90/Die Grünen	Mentz, Katja Bittner, Eyke Alexander Kusch, Manuela Erdmann, Eckhard	Fremdsprachenkorrespondentin k. A. k. A. k. A.
FDP	Gatzke, Horst Goldschmidt, Nico Rathke, Thomas	k. A. k. A. Vertriebsingenieur

- stimmberechtigte Mitglieder des Werkausschusses ab 07/2013

Vorsitzender:		Abler, Henri
Stellvertretender Vorsitzender:		Quirder, Harald
SPD	Zahn, Frank	Polizist
	Quirder, Harald	Eisenbahner
	Reinhardt, Peter	Technischer Angestellter
	Abler, Henri	Diplom Betriebswirt
	Wiese, Thomas	Industriekaufmann
CDU	Freitag, Dirk	Unternehmer
	Krause, Ulrich	Rechtsanwalt
	Büttner, Günter	Diplom-Ingenieur
	Rohlf, Klaus Hinrich	Unternehmer

Bündnis 90/Die Grünen	Mählenhoff, Silke Koß, Dr. Volker	Angestellte ö. D. Umwelttechniker
BfL	Niewöhner, Marcellus	Betriebswirt
Linke	Jansen, Antje	Erzieherin
FDP	Blunk, Dr. Michaela	Pensionärin
Piraten	Horstmann, Werner	Diplom Designer

Vertreter

SPD	Lengen, Dr. Marek Rewohl, Dirk Burmester, Gerhard Thiem, Bernd-Olaf Lange, Klaus Kröger, Thomas	k. A. Diplom Sozialpädagoge Beamter i. R. k. A. k. A. k. A.
CDU	Wind-Olßen, Ursula Gutjahr, Carsten Mathus-Calderon, Gerhard Kucharzik, Martin Schmidt, Jürgen Ziebell, Brigitte	k. A. k. A. k. A. k. A. k. A. k. A.

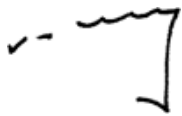
Bündnis 90/Die Grünen	Wosnitza, Günter Aslanidis, Spyridon Kusch, Manuela Erdmann, Eckhard	k. A. k. A. k. A. k. A.
BfL	Ulrich, Lars Scholz, Günter Mewes, Bernd Rhenius, Harro	Diplom Volkswirt k. A. k. A. k. A.
Linke	Martens, Hans-Jürgen Schönherr, Robert Bochynski, Hans-Peter	k. A. k. A. k. A.
FDP	Kirch, Manfred Goldschmidt, Nico Sanders, Uwe	k. A. k. A. k. A.

Piraten	Langbehn, Bastian	k. A.
	Berrakkarasu, Yavuz	k. A.
	Schleusener, Tim	k. A.
	Bussat, Stefanie	k. A.
	Stolzenberg, Detlev	k. A.
	Federsel, Martin	k. A.

Die Mitglieder des Werkausschusses erhielten in 2013 Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt EUR 1.748,00.

Lübeck, im Dezember 2014

Entsorgungsbetriebe Lübeck



Direktion

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Entsorgungsbetriebe Lübeck, Lübeck, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013 geprüft. Durch § 13 Abs. 1 Nr. 3 KPG wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes i. S. v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 Abs. 1 Nr. 3 Kommunalprüfungsgesetz Schleswig-Holstein unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätze zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gem. § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Lübeck, 14. Juli 2015

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Herbers
Wirtschaftsprüfer

gez. Wiesing-Weißbarth
Wirtschaftsprüferin